

Berichte und Kommentare

Die GmbH-Universität für die Mandarine der Zukunft

Eine annotierte Dokumentation

I. Da die öffentliche Aufmerksamkeit und das Gros der veröffentlichten Aktivitäten der Wissenschafts- und Kultusbürokratien in Bund und Ländern sich auf die Struktur und das Fassungsvermögen der Hoch- und Fachschulen (s. »integrierte Gesamthochschulen« und Leussinks Thesen), auf deren Konflikte und ihre Pazifizierung gerichtet sind, blieb die clandestine Etablierung einer postuniversitären Funktionärselite-Schule [für privatkapitalistische Organisationen und öffentliche Bürokratien als Einheit konzipiert], wie sie sich in West-Berlin mit wohldotierten Plänen für ein »Wissenschaftszentrum Berlin, Gemeinnützige Gesellschaft mbH«¹ seit einem Jahr abzeichnet, bislang unbemerkt.

Von den zahlreichen Projekten dieser GmbH²,³ soll hier eines, das »Internatio-

¹ Eintragungs No. B 4303 Handelsregister AG Charlottenburg, Berlin.

² Die Dokumentation beruht im wesentlichen auf: Wissenschaftszentrum Berlin, Internationales Institut für Management und Verwaltung, Gründungsplan, 1969, 40 S. (Vervielf. Manuskript). Als weiteres Material liegt vor ein Rahmenplan für das gesamte Wissenschaftszentrum (28 S.) auf Februar 1969 datiert und ein Entwurf eines Gründungsplanes für ein Internationales Institut für Konflikt- und Friedensforschung (49 S.) verteilt im Januar 1970, der demnächst von den GmbH-Gesellschaftern (s. u.) beschlossen wird. Demnächst soll im übrigen gegenüber dem Berliner Abgeordnetenhaus Bericht über den Stand des Projekts erstattet werden – das wäre nach 12 Monaten fälschlich die erste öffentliche Darstellung des Projekts.

³ Zu den Projekten insgesamt vgl. den Rahmenplan. Geplant [und in schwülstigem Honorarientierungen beschrieben] sind für West-Berlin insgesamt folgende Institutionen:

I The German Faculty: eine Schutzinstitution für die Karriere deutscher Wissenschaftler, die im Ausland arbeiten.

II The German Collegium: »The model of excellence in creating the German Collegium will be such illustrious institutions as the Collège de France and the Princeton School for Advanced Studies« (5) »The élite professors at the German collegium« (6) »will receive salaries at about the same level as a German civil-service statesecretary« (5) und sollen der Zahl nach auf ca. 12–15 »top drawer scholars« (5) beschränkt werden, jeweils mit 5 Assistenten (»younger men«) versehen, frei für selbstgewählte Forschungsziele und ohne relevante Lehrverpflichtungen.

III The International Center for Advanced Studies: es ist konstruiert als Parallelinstitution zum Study Center for Advanced Behavioral Research, Palo Alto, Calif. von dem die Erfahrung gelehrt habe, »that this Center today is, intellectually, one of the most exciting places in the groves of the American Academe« (8). Projektiert ist ein einjähriges selbstbestimmtes Forschungs- und Diskussionsprogramm für 30–50 »Spitzenwissenschaftler« mit einer einzigen Verpflichtung: »simply to partake together of the noonday meal« (8), an idea that »has shown itself to be most fruitful in inspiring collegial camaraderie and enhancing the urge towards team-effort« (9).

IV The International Berlin Prize for Sciences: 3 jährliche Preise von 100 000 DM für deutsche oder internationale Wissenschaftler. »Thus every year at award-time there will be an impressive ceremony which should have real resonance and public interest, both in Germany and abroad« (10).

V The Institute for Management and Administration: s. dazu den Text des Kommentars.

Im *Rahmenplan* wird als besonders herausgehobene Funktion noch angegeben: »A clearing house for administrative reform in Germany, in close cooperation with the political and administrative decision makers« (14). Da nicht genügend viele »unchallenged experts« (14) für diese Frage in Deutschland vorhanden seien, müsse man Stellen für »international experts to fill the German gap« (14) finden. Und gemäß der These, daß die Organisationen des US-Kapitals am fortgeschrittensten sind und auch die fortgeschrittensten (= »fortschrittlichsten«) Steuerungstechniken aufweisen, erklärt sich denn auch die Besetzung des Direktorpostens dieses Instituts

nale Institut für Management und Verwaltung« (IIMV)⁴, dokumentiert werden, weil es Fragen der öffentlichen und privaten Verwaltungsorganisation direkt betrifft und zudem bislang am weitesten vorangetrieben ist (geplanter Arbeitsanfang: April 1970). Diesem Projekt kommt unter anderem die Funktion zu, einen weiteren Abbau des – für die Integration und Anpassung der öffentlichen und privatkapitalistischen Verwaltungssysteme an neue »Umwelt«bedürfnisse teilweise dysfunktionalen – Juristenmonopols zugunsten sozialwissenschaftlich geschulter »Komplexitätsreduzierer« zu besorgen. Als Zieldefinition des Instituts wird angegeben, daß es »die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung und der Wirtschaft zu erhöhen« (7)⁵ habe, eine Tendenz, die ein Interesse anspricht, das den durchaus entscheidenden Teil gegenwärtiger Wissenschaftspolitik strukturiert.

»Dieses Ziel soll erreicht werden

- durch grundlagen- und problemorientierte Forschung

mit einem US-Business-Management Experten. Als Institution, die bei der Begründung des Instituts insbesondere zu beteiligen wäre, wird genannt: the Harvard School of Business Administration and the Harvard Graduate School of Public Administration, known as the Littauer Center (15). Ein Mitglied der Arbeitsgruppe, die den Gründungsplan entwarf, kommt demnach auch aus dem Littauer Center. Im übrigen: »In founding this Institute the Science Center Berlin must work intimately with the Federal Ministry of the Interior« (15).

VI Institute for Peace and Conflict Research: zur Untersuchung eines »peace that would be both stable and socially dynamic« (16). »Since the Institute will concern itself actively with current political practice, close co-operation with practicing political decision makers will be necessary – without, of course, compromising the intellectual independence of the Institute« (19). Da R. Löwenthal Aspirant auf den Direktorposten dieses Instituts ist, dürfte die Art des hier verfolgten »Friedens« in »Unabhängigkeit« schon vorhersehbar sein.

VII The Institute for Linguistics and Lebenswelt (Life-World) Research.

VIII The Institute for Urban Studies: »Today in the German Federal Republic there is no such institute. The Institute for Urban Studies would become a kind of clearing house for both the federal government and the States and Municipalities on the one hand, and the universities and similar institutions of higher learning on the other. One should, of course, institutionalize joint work with such groups as the Harvard MIT Joint Center for Urban Studies« (26).

⁴ Der Gründungsplan beruht auf dem Vorschlag einer internationalen Arbeitsgruppe, bestehend aus den Prof. R. Cyert (Carnegie Mellon University, Pittsburgh), N. Luhmann (Universität Bielefeld), J. Montgomery (Harvard University, School of Administration, Littauer Center), L. Pack (Mannheim und laut »Wer ist Wer« (67/68) Prof. für Betriebswirtschaftslehre und Direktor des Instituts für industrielle Unternehmensforschung, Universität Münster), H. Zbinden (Bern). Beraten und empfohlen wurde der Plan von einem »Fachausschuß«, in dem die Interessen bestimmter Privatkapitalien (Dr. A. Bernard, Vorstandsmitglied der Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt, mit Banktradition; Herbert Fischer-Menshausen, Ministerialdirektor a. D., Arbeit an diversen Punkten im Bundesfinanzministerium und jetzt Vorstandsmitglied der ESSO, Hamburg; Dr. Hans Hellwig, Direktor des dt. Instituts zur Förderung des industriellen Führungsnachwuchses, Rodenkirchen und Geschäftsführer der Gesellschaft zur Förderung des Unternehmernachwuchses; Dr. Manfred Schäfer, CDU, Minister a. D., lange Arbeit im Bankgewerbe jetzt: gf. Gesellschafter und Vorsitzer des Direktoriums der Gebr. Röhling Bank, Saarbrücken), öffentlicher Bürokratie (kaum bekannte Namen: A. Faude, Ministerialdirigent, Bundesministerium des Innern; Dr. E. Kern, Ministerialrat ebda.; Günther Schödel, Vortragender Legationsrat I. Klasse, Auswärtiges Amt), der »Wissenschaft« (Prof. Dr. jur. Klaus Stern, Universität Köln, Direktor des Instituts für Rundfunkrecht, ehemals Berlin und dort Leiter der Forschungsstelle für Kommunalwirtschaft und kommunales Wirtschaftsrecht; Prof. Dr. Ing. Heinz Hermann Koelle, TU Berlin, Direktor des Instituts für Raumfahrttechnik und vormals: 1952–54 Leiter des Astronautischen Forschungsinstituts, Stuttgart; 1955–59 Leiter der Projektabteilung der US Army Ballistic Missile Agency; 1960–65 Direktor für Zukunftsplanung George C. Marshal Space Flight Center, NASA, Huntsville, Al.; Prof. Dr. rer.pol. Horst Claus Recktwald, Universität Nürnberg – Erlangen: Professor für Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft mit Arbeiten über: »Gewährleistung der Vollbeschäftigung . . .«, »Das Kapitalbudget«, 1962, »Finanztheorie und -politik«, 1966; Prof. Dr. Roman Schnur, Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Carl Schmitt Adept und überall zugange, wo Verwaltungsreformen zur Diskussion stehen) und des »Faktors Arbeit« (N. N., Hauptvorstandsmitglied des DGB) repräsentiert waren und sind. Der Fachausschuß hat den Plan am 27. Juni 1969 empfohlen, die Gesellschaft hat ihn am 3. Juli 1969 beschlossen (iii).

⁵ Die im Text geklammerten Zahlen (z. B. (19)) sind Seitenangaben aus dem Gründungsplan.

- durch Ausbildung von Doktoranden, die Forschungs- und Lehrtätigkeiten übernehmen können
- durch Fortbildung von Führungskräften aus Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung«⁷.

I,1. Bevor dieses Projekt im Detail zur Selbstdarstellung gebracht wird⁸, soll kurz auf die Organisationsform des Wissenschaftszentrums insgesamt hingewiesen werden.

Organisiert ist das Zentrum [wie auch z. B. die Gesellschaft für Weltraumforschung mbH, Bad Godesberg; die Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt mbH, Hamburg; die Kernreaktorbau – und Betriebsgesellschaft, Karlsruhe – i. e. das Kernforschungszentrum Karlsruhe] als GmbH. Dies ist ein, im Bereich der Wissenschaftspolitik durchaus gängiger Organisations-

- typ,
- der die Zwänge öffentlichen Rechts unterläuft (vgl. dazu z. B. U. K. Preuß, Zum staatsrechtlichen Begriff des Öffentlichen, Stuttgart 1969, S. 50 ff.),
- der »den Gesellschaftern die Möglichkeit gibt, die gesellschaftsrechtlichen Verhältnisse, vor allem auch die Organisation des Unternehmens, in der Satzung frei auszustalten« (W. Cartellieri, Die Großforschung und der Staat, Bd. II, München 1969, S. 93), der demnach »industriennahe Organisations- und Verwaltungsformen« (Cartellieri a. a. O., S. 90) gestattet,
- der also in Kürze die ungezwungene institutionalisierte unöffentliche Kooperation von öffentlicher Bürokratie und Privatkapital erleichtert (vgl. Cartellieri a. a. O., S. 89 ff.; und Bd. I, S. 78 ff.)

I,2. Die Liste der GmbH-Gesellschafter entspricht durchaus den Eignungen der gewählten Rechtsform: vertreten sind einerseits mehr mit bestimmten Privatkapitalien Lierte, mit öffentlichen Funktionen Versehene⁹, andererseits mehr auf die öffentliche und Parteibürokratie Zentrierte^{8, 9, 10}. Die Berufsbezeichnungen

⁸ Die Ausführlichkeit der Zitate rechtfertigt sich durch die Unbekanntheit des Materials; die geringe Kommentierung dadurch, daß das Material für sich selbst spricht.

⁷ Dr. jur. Wolfgang Pohle, CSU-MdB 1965 ff., von 1940–59 erst als Direktor, dann als Generalbevollmächtigter, dann als Vorstandsmitglied verbunden der Mannesmann AG; seit 1960 Generalbevollmächtigter der Friedrich Flick KG, dort seit 1965 gf. Gesellschafter; diverse Aufsichtsratsmandate (vgl. a. die Angaben im Amtl. Hdb. des dt. Bundestages). Dr. h. c. Dr. E. h. Alex Möller, SPD, derzeit Finanzminister und 1967/68 wie folgt privatkapitalistischen Organisationen verbunden: Vs. des Vorstandes der Karlsruher Lebensversicherungs AG; ARvorsitzender der Bad. Bank AG Bavaria Atelier GmbH, Rundfunkwerbung GmbH, Stuttgart; stellv. AR Vorsitzender von Badenia Bausparkasse GmbH; ARmitglied Bad. Staatsbrauerei Rothaus AG, Badenwerk AG, NSU-Motorenwerke AG, Staatliche Majolika Manufaktur Karlsruhe AG; Beiratsmitglied der Deutschen Bank, der IHK Karlsruhe usf. . Alphons Horten, MdB-CDU 1965 ff. und Fabrikant, gf. Gesellschafter der J. Weck u. Co. Offingen, Baden; Gf. der Weck Glaswerk GmbH, Duisdorf; gf. Vors. des CDU-Wirtschaftsrats und im Vorstand des wirtschaftspolitischen Ausschusses der CDU; Prof. Dr. Dr. h. c. Siegfried Balke, CDU-MdB, Bundesminister für Atomfragen a. D. und ehemals Präsident der Bundesvereinigung der dt. Arbeitgeberverbände und Mitglied der Gf. der Wacker Chemie GmbH. Vgl. jeweils »Wer ist Wer« (67/68).

⁸ Mit Schwergewicht auf einer Berlin-affinen Gruppe: Franz Amrehm, CDU, MdA (Berlin), Bürgermeister a. D.; Felix v. Eckardt, CDU-MdB, Staatssekretär a. D.; Lieselotte Pieser, CDU-Berlin, MdB 1965 ff., Regierungsdirektorin; Dr. Klaus Peter Schulz, SPD-Berlin, MdB; Dr. Johann Baptist Gradl, CDU, in führenden Positionen des Bankwesens (1938 ff. Gf. der Reichsgruppe Banken), des Verlagswesens und der Bundes- und CDU-Bürokratie tätig gewesen. Ansonsten noch: Egon Franke, 1951 ff. SPD-MdB, jetzt: Minister für innerdeutsche Beziehungen; Hans Hermsdorf, SPD-MdB und seit 1964 Mitglied des SPD Parteivorstands; Gerhard Jahn, SPD, Rechtsanwalt und jetzt Bundesjustizminister.

⁹ Im Rahmenplan für das Wissenschaftszentrum sind als Gesellschafter noch angeführt: »Dr. Franz Seume, M. P.; Prof. Gustav Stein, M. P.; Alexander Voelker, Member of Berlin House of Representatives«. Im Gründungsplan des IIMV sind diese als Gesellschafter nicht mehr aufgeführt.

¹⁰ Zur Zeit der Gründungsverhandlungen waren im Fraktionsvorstand der SPD: Möller, Hermsdorf, Franke; der CDU: Gradl, Pohle; im Wissenschaftsausschuß des BT: Schulz; im

mancher Gesellschafter (»MdB«, »r. Stellvertretender Fraktionsvorsitzender« – ohne Zusätze) indizieren schon die Ideologie des post-ideologischen und post-industriellen (vgl. D. Bell, z. B. in: Die nachindustrielle Gesellschaft, in: Das 198. Jahrzehnt, Hamburg 1969, S. 351 ff.) Zeitalters, die dem ganzen Projekt anhaftet: die Frage der Parteizugehörigkeit (ob CDU oder SPD¹¹), die, welcher Fraktion denn die Herren Möller und Franke in der 5. Wahlperiode vorgesessen haben mögen, bleibt als irrelevant unbeantwortet.

Bemerkenswert an dieser GmbH ist, daß nicht wie bei den vorerwähnten Gesellschaften Bund und/oder Länder Gesellschafter sind (vgl. z. B. § 1 III der Karlsruher Satzung), sondern ausschließlich Individuen aus den öffentlichen und Parteibürokratien. Hier wird also eine Organisation, die wesentliche Teile ihres »materiellen Substrats«¹² aus öffentlichen Haushalten bezieht, zugunsten bestimmter Interessen völlig aus dem direkten Zugriff der öffentlichen Bürokratie befreit und so ihr Manövrierraum z. B. gegenüber dem Land Berlin und dessen potentiellen Eingriffen noch einmal erweitert. Noch einmal, weil schon die Wahl der Rechtsform an sich ein Ausweichen vor der Zugriffsmöglichkeit, wie sie z. B. das Abgeordnetenhaus auf öffentlich-rechtliche Körperschaften wie die Universitäten hat, darstellt.

I,3. Die konzipierte finanzielle Ausstattung des IIMV (dies ist nur eines der vier bislang geplanten Institute!) beläßt sich auf:

Personalkosten	DM 4 030 900
Sächl. Verwaltungskosten	DM 2 449 000
Erstausstattungskosten	DM 657 000
	DM 7 137 500

Mit Ausnahme des letzten Postens handelt es sich um jährliche Ausgaben, insgesamt also um eine Summe, die weit über der liegt, die Weizsäckers Friedensforschungsinstitut von der Max Planck Gesellschaft hätte zugeteilt werden sollen, wenn nicht die dort vertretenen Repräsentanten des Chemie-Großkapitals (die Prof. Wurster, Winnacker) dies in Daueropposition verhindert hätten (vgl. den Raubdruck des MPG Sitzungsprotokolls in: Das permanente Kolonialinstitut. 50 Jahre Hamburger Universität, Hamburg 1969 (Hg. AStA Hamburg), S. 298–315).

Allerdings: im Gegensatz zum Friedensforschungsprojekt, von dem die benannten Herren (zu Unrecht) argwöhnten, daß dort auch Kritik an der gegenwärtigen Wirtschaftsverfassung der BRD systematisch hätte formuliert werden können, handelt es sich hier um eine »solidere« Sache, wenn man die prädefinierten Ziele einhält.

I,4. Der Personaletat des Instituts bezieht sich auf einen Personalsoll von: 1 Direktor (Koordination, Repräsentation ...)¹³, 2 stellvertretende Direktoren (einer für Forschung, einer für Ausbildung – i. e. Doktorandenprogramm), 35 Wissenschaftler spezialisiert auf Gebiete wie Mathematik, Statistik, Psychologie, Poli-

Ausschuß für Gesamtdt. und Berliner Fragen: v. Eckardt, Horten, Franke, im Finanzausschuß: Möller, Hermsdorf* im Haushaltausschuß: Pohle, Hermsdorf; und im Auswärtigen Ausschuß: v. Eckardt, Franke, Möller, Schulz.

¹¹ FDP-Abgeordnete sind bei diesem Spätprodukt der Großen Koalition bislang noch nicht beteiligt.

¹² Vgl. auch die Meldung über das »vom Bund finanzierte« »völlig unabhängige« Friedensforschungsinstitut, das vom Wissenschaftszentrum als zweites Projekt forciert wird, Frankfurter Rundschau v. 9. 2. 1970, s. 12. Bezeichnend für den clandestinen Stil des Wissenschaftszentrums ist, daß diese Veröffentlichung seiner Aktivitäten ungewollt und ungeplant durch ein »Fehlverhalten« der West-Berliner politischen Bürokratie zustande kam.

¹³ Nach on-dit scheint ein Direktor schon gefunden: James Howell, gegenwärtig noch: Associate Dean der Graduate School of Business Administration der Stanford University, Stanford, Cal.

tische Wissenschaften, Organisationstheorie, Computerwissenschaft, Verwaltungswissenschaften, Recht, Soziologie, Managementwissenschaften (Marketing, Finanzen, Produktionswesen, Betriebsplanung ...) ... (21) und 54 Verwaltungs-, Dokumentations- und sonstige Angestellte (40).

Diese Gewichtung der Wissenschaften, kombiniert mit dieser Zieldefinition, entspricht durchaus dem Anspruch, den bislang nur manche US-Sozialwissenschaftler formulierten, nämlich, daß allein die Verhaltenswissenschaften für die Ausbildung der »Mandarine der Zukunft« (Ithiel de Sola Pool) entscheidend seien, denn nur sie vermitteln das Wissen, durch das die »Menschen der Macht menschlich und zivilisiert«, die »Systeme« anpassungs- und leistungsfähig ... werden (vgl. zur Kritik: Noam Chomsky, Objektivität und liberales Gelehrtentum, in: Amerika und die neuen Mandarine, Frankfurt 1969, S. 26 ff.; und: Kursbuch 14, 1968, Kritik der Zukunft).

II. Nun konkreter zur Institutsarbeit:

II,1. Der inhaltliche Schwerpunkt liegt auf der Frage »wie anpassungsgünstige organisatorische Strukturen geschaffen werden und anpassungsfähige Führungskräfte herangebildet werden können« (10): »Das Institut findet sein Selbstverständnis in der Verbesserung der Leistungsfähigkeit von Organisationen im privaten und öffentlichen Bereich« und geht grundsätzlich davon aus, daß Managementpraktiken öffentlicher Bürokratien und privatkapitalistischer Organisationen strukturell gleich angelegt sind, denn: »selbst so verschiedenartige Probleme wie z. B. das Erziehungsmanagement im öffentlichen Bereich oder das Problem des Forschungsmanagement und Führungsprobleme privatwirtschaftlicher Unternehmen können mit den gleichen Techniken und analytischen Verfahren behandelt werden« (8).

II,2. Diese Ziele sind umgesetzt in die einzelnen Programme des Instituts:

II,2,1. Das *Forschungsprogramm* »des Instituts muß als eine Palette breit gestreuter Investitionen angesehen werden, deren Erträge zu verschiedenen Zeiten anfallen« (11). Einige Aspekte dieser Investitionspalette sind:

- »Das Institut muß bereits an Problemen und ihren möglichen Lösungen arbeiten, bevor Führungskräfte der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung diese als solche erkannt haben« (12)

- »Es ist beabsichtigt, daß sich Teams aus Wissenschaftlern und Praktikern auch längerfristig mit besonderen Problemen einzelner oder mehrerer miteinander in Beziehung stehender Organisationen (Ministerien, Unternehmen, Bundesämter) befassen. Dies setzt voraus, daß Praktiker aus Verwaltung und Wirtschaft für längere Zeit zu Forschungszwecken an das Institut beurlaubt werden ...« (12)

Im Rahmen dieses Programms sind 3 Seminartypen vorgesehen: Fortbildungsseminare für Mitarbeiter; internationale Forschungsseminare; »schließlich sollen Seminare entwickelt werden, an denen hochqualifizierte Führungskräfte aus Organisationen verschiedenster Art teilnehmen, für die sich bestimmte gemeinsame Probleme stellen ...« (13).

II,2,2. »Ziel des *Doktorandenprogramms* ist es, eine kleine Gruppe junger, besonders begabter Wissenschaftler aus verschiedenen Ländern mit den Grundlagen und neuesten Erkenntnissen der Managementwissenschaft vertraut zu machen« (8). Maximal werden jährlich 15 Doktoranden aufgenommen, die in einem dreijährigen Programm direkt »befähigt werden, an Hochschulen des In- und Auslands als Professor tätig zu werden« (14), wenn sie nicht Industrie oder Verwaltung vorziehen. Wie allerdings diese GmbH-Universität, konfrontiert

mit den tradierten Interpretationen des Art. 5 III GG, in den Stand gesetzt werden sollte, selbst Promotionsmöglichkeiten zu bekommen, bleibt unklar. Sie wird zumindest vorerst die ›individuell ausgehandelten‹ Promotionsmöglichkeiten der Universitäten ausnützen müssen.

»Die beiden Schwerpunkte dieses Programms bilden sowohl quantitative und analytische Verfahren als auch die Verhaltenswissenschaften (behavioral sciences). Eine gute Ausbildung in diesen beiden Bereichen muß das Markenzeichen des Doktortitels werden, der durch die Arbeit am Institut erlangt wird« (15). »Das Institut soll den Typ des vielversprechenden jungen Wissenschaftlers bevorzugen« (22) und durch das Zertifikat eine Qualifizierung verleihen, »die es seinem Träger möglich macht, auch in jungen Jahren wichtige Posten zu bekleiden« (16). Insofern also ein Programm, das der ENA (Ecole nationale d'administration, Paris) nachgebildet ist (vgl. U. K. Preuß, Beamtenelite in: atomzeitalter 1968, S. 108 ff.).

II,2,3. »Ziel des *Aus- und Fortbildungsprogramms* (für Führungskräfte) ist es..., Persönlichkeiten heranzubilden, die in der Lage sind, den komplizierten Wandel der Praxis zu analysieren und zu lenken. Soweit sich die Zukunft bereits heute abzeichnet, ist zu erkennen, daß für Forschungs-, Lehr- und Führungskräfte, wie sie das Institut heranbildet, in den verschiedenen Organisationen ein großer Bedarf bestehen wird« (9). Diese »Führungsseminare« (16) sind unterteilt in: General Management Seminare für eine gemischte Gruppe von Teilnehmern aus verschiedenen Funktionsbereichen privater Organisationen; Funktionsorientierte Seminare für Führungskräfte aus bestimmten Funktionsbereichen (z. B. Beschaffung, Marketing, ...); Branchen-, Sektor- und Ressortorientierte Seminare; Methodenorientierte Seminare (Netzplantechnik, Systemanalyse); Problemorientierte Seminare (16/17).

II,3. Für die intendierte Organisationsstruktur ist eine durch anti-hierarchisches Klima geförderte Motivations- und Effektivitätssteigerung kennzeichnend: »Dem herkömmlichen Druck, Mitarbeiter bestimmten Abteilungen und Abteilungsleitern zuzuordnen wird nicht nachgegeben. Ein im echten Sinne interdisziplinärer Mitarbeiterstab soll gemeinsam an wissenschaftlichen Problemen arbeiten und sich gegenseitig Forschungsanregungen geben« (18). »Die Auswahl der zu bearbeitenden Forschungsprojekte wird sich... in einem demokratischen Verhandlungsprozeß abspielen... Falls (der stellvertretende Direktor für Forschung) nicht in der Lage ist, die Mitarbeiter von der Bedeutung und dem Forschungswert des Projekts zu überzeugen, sollte das Institut nicht versuchen, das Projekt zu übernehmen, für wie wichtig auch immer der Forschungsdirektor es ansehen mag« (18/19). In toto: »Vor allem müssen die wissenschaftlichen Mitarbeiter die Gelegenheit haben, die Formen ihrer Zusammenarbeit und die geistige Atmosphäre des Instituts in einem größtmöglichen Freiheitsraum zu gestalten« (22).

Man wird diesen »Köder« auch in Zusammenhang mit einem wissenschaftspolitischen Ziel des Wissenschaftszentrums sehen müssen: nämlich dem, den durch die politischen Konflikte in den öffentlichen Universitäten verunsicherten Ordinarien der verhaltenswissenschaftlichen Disziplinen eine Ausweich- und Sicherheitsmöglichkeit zu bieten: die Universität zu verlassen und entweder ihre Forschungsprojekte in eine konfliktlose Arbeitsatmosphäre einzubringen oder neue Projekte dort zu übernehmen. Erreicht wird eine »Funktionsdifferenzierung« von Ausbildung und Forschung, bzw. Normalausbildung und Eliteausbildung.

Im Kontext der Zieldefinitionen und dieser klimatischen Rahmenbedingungen für Effektivität verbleibt als schaler ideologischer Rest bildungsbürgerlicher Wis-

senschaftsfreiheitsvorstellungen und als ideologische Abfindung, vielleicht, für zu engagierende Wissenschaftler, die Sentenz:

»Das Institut ist in seiner Arbeit unabhängig und an keine Weisungen gebunden. Die Wissenschaftler des Instituts tragen die Verantwortung für ihre Entscheidungen und dürfen keinen außerwissenschaftlichen Einflüssen unterworfen werden« (10).

Wozu auch jemanden, der auf die Erhaltung der Grundstrukturen des kapitalistischen Verwertungszusammenhangs einprogrammiert ist, noch »außerwissenschaftlichen Einflüssen« unterwerfen? Das wären zielinadäquate, weil motivationsstörende Eingriffe.

II,4. Die Zielfungibilität des Instituts wird weiter gefördert durch kurze Zeitverträge (19) und dadurch, »daß eine zahlenmäßig festgelegte Aufteilung der Wissenschaftler auf die angegebenen Fächer nicht vorgenommen (wird), weil Einstellungen auf keinen Fall auf der Grundlage eines fachlich spezifizierten Stellenplans als vielmehr auf der Basis tüchtiger verfügbarer Persönlichkeiten vorgenommen werden müssen« (21). Die Wissenschaftler selbst werden entsprechend leistungsintensiven amerikanischen Mustern betitelt und gestuft: als Assistant, Associate und Full Professor – der letztere mit ca. Staatssekretärsgehalt. Die Möglichkeit nach oben beliebig variabler Entlohnungsformen ist im übrigen gerade ein wesentlicher Vorteil der privatrechtlichen Organisationsform, die eine Bindung an Stellen- und Haushaltspläne etc. nicht kennt und so auf dem Wissenschaftsmarkt die Möglichkeit gibt, zu jedem Preis wissenschaftliche Lohnarbeiter einzukaufen.

III. In der Schlußbemerkung zum Gründungsplan (24) finden sich noch randständige demokratische Ideologieversatzstücke, wie dieses: »Die Schaffung von Grundlagen zur Heranbildung von kompetenten Führungskräften für eine von Selbstverantwortung und Selbstbestimmung gestaltete Gesellschaft, in der auch der einzelne in der technologischen Welt seinen freien Existenzraum findet, wird der wesentliche Beitrag des Instituts sein« (zum ideologischen Kontext der Technologie vgl. Harvard University, Program on Technology and Society, Fifth annual report, 1968/69, S. 14 ff.; und materialreich, wenn auch selten kritisch demnächst: Jack D. Douglas, ed., *Freedom and Tyranny in a technological society*, New York, Random House, Spring 1970; zum gesamten Material vgl. Science Technology and Public Policy, A selected and annotated Bibliography I, Dept. of Government, Indiana University, Lynton K. Caldwell, ed.; zum polit-ökonomischen Kontext vgl. J. Hirsch, *Wissenschaftspolitik im Spätkapitalismus*, in: *Das Argument* 50, S. 11 ff.).

Auf diesen Satz folgt sogleich, als völlig unproblematischer Übergang, der technokratisch-kapitalistische Anschluß: »Diese Führungskräfte müssen befähigt sein, den gesellschaftlichen Wandel zu bewältigen und dabei die Identität der diesem Wandel unterworfenen Individuen und Institutionen (= öffentliche Bürokratien und privatkapitalistische Organisationen!) zu wahren«.

Zum Abschluß findet sich dann noch eine an Kogonsche Frühforderungen anknüpfende Berlin-Lyrik, die neben dem wissenschaftspolitischen auch den berlinpolitischen Akzent anklingen läßt: »Viele Faktoren menschlicher, politischer und geographischer Natur machen aus Berlin einen idealen Ort für die vorgesehene internationale Anstrengung. Berlin wird ein geistiges Zentrum von wissenschafts- und praxisorientierter Tätigkeit sein und dadurch die Grundlage bilden für ein besseres Verständnis zwischen verschiedenen Nationen und für die Lösung von Problemen in einer neuen zwischenmenschlichen Dimension«...

Lukas Niemann